

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Wirtschaftliche und politische Hintergründe der französischen Regierungskrise

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1952) : Wirtschaftliche und politische Hintergründe der französischen Regierungskrise, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 32, Iss. 1, pp. 14-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131447>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wirtschaftliche und politische Hintergründe der französischen Regierungskrise

Der Sturz der Regierung Pleven am 7. Januar 1952 hatte nur scheinbar wirtschaftliche Hintergründe. Das Vertrauen wurde dem Ministerpräsidenten anlässlich eines Reformprogrammes der Eisenbahn und der Sozialversicherung versagt. Die Parteien sahen darin jedoch nur einen geeigneten Anlaß, um ihre rein politischen Absichten zu verwirklichen. Niemand bezweifelt ernstlich die Notwendigkeit und die Berechtigung der von der Regierung vorgeschlagenen Reform. Bezeichnenderweise erklärten die Gaullisten während der Aussprache, sie hätten gegen die Grundsätze der beabsichtigten Reformmaßnahmen kaum etwas einzuwenden, während den Sozialisten der Beweis ihrer Behauptung, die Regierungspläne gefährdeten die wohl erworbenen Rechte der Arbeiterklasse, sehr schwer gefallen wäre. Unabhängig von diesen Feststellungen besteht zweifellos ein sehr enger Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Frankreichs und seiner mangelnden politischen Stabilität. Auf zahlreichen Gebieten sind grundlegende Reformen erforderlich, die nur von einer innerlich geschlossenen und von einer durch eine gemeinsame wirtschaftspolitische Doktrin geleiteten Regierung verwirklicht werden können. Die Vernunftsehe zwischen Sozialisten und Konservativen ist den gegebenen Problemen gegenüber aus begreiflichen Gründen völlig machtlos. Erschwerend wirkt die ebenfalls politische Tatsache, daß sämtliche Lösungen in irgendeiner Form unpopulär sind und daher die einzelnen Parteien bestrebt sind, sich durch taktische Manöver möglichst lange einer unangenehmen Verantwortung zu entziehen.

Die Regierungen mögen wechseln, die ungelösten Aufgaben bleiben sich gleich. Im Vordergrund steht nicht etwa, wie man annehmen könnte, das Gleichgewicht des Staatshaushaltes, das ohne allzu

große Schwierigkeiten hergestellt zu werden vermag, zumal der Finanzminister der Regierung Pleven die Steuereinnahmen für 1952 viel zu pessimistisch beurteilte. Die Quelle der französischen Inflation war in den letzten Jahren nicht der Fehlbetrag des Staatshaushaltes, der hinter dem Vorkriegsdurchschnitt ganz erheblich zurückblieb, noch der Rückgriff auf die Notenpresse, sondern in erster Reihe die Spekulation und die ständige Erhöhung der indirekten Steuerlast, zusammen mit dem chronisch fehlenden Vertrauen in die Währung.

Eine Verringerung der Steuerlast erfordert eine grundlegende Steuerreform. Für direkte und indirekte Steuern erreichte der Betrag, der bedauerlicherweise bereits zu einer gangbaren Sitte wurde, ungeahnte Ausmaße. Nach vorsichtigen Schätzungen beläuft sich der jährliche Steuerausfall aus dieser Quelle auf mindestens 500 Mrd. ffrs., d. h. bei Beseitigung des Steuerbetruges könnte man die gesamte Steuerlast um ein Fünftel erniedrigen. Allein 200 Mrd. des Steuerbetruges gehen zu Lasten der Umsatzsteuer, die in den meisten Fällen vom Verbraucher zwar bezahlt, vom Händler aber nicht dem Staat abgeführt wird.

Die Einsparmöglichkeiten in der öffentlichen Verwaltung und in den staatlichen Betrieben sind geringer, als es demagogisch versichert wird. Die Reform betrifft vor allen Dingen die Verringerung der Bürokratie. Der Fehlbetrag der Eisenbahn gehört zu den chronischen Übeln der modernen Wirtschaft. Für die soziale Sicherheit muß ebenfalls vor der wirtschaftlichen eine rein politische Lösung gefunden werden.

Frankreich könnte sehr schnell gesunden, wenn es gelänge, seiner Bevölkerung das Vertrauen in ihre eigenen Kräfte und Möglichkeiten zurückzugeben. Die wirtschaftlichen Übel des Landes haben sehr oft rein psychologische Quellen. Mehrere 1000 Milliarden ffrs., d. h. ein

erheblicher Bestandteil der Kapitalreserven, liegt ungenutzt in Form von Gold und Devisen in Wollstrümpfen und Kassenschränken. Ihre Mobilisierung und produktive Verwendung könnte Frankreich über Nacht zur stärksten Wirtschaftsmacht Europas machen.

Die unmittelbaren wirtschaftlichen Gefahren der Regierungskrise dürfen nicht überschätzt werden. Zum ersten Male seit dem Kriege gelang es dem Parlament, sämtliche Ausgaben für das kommende Jahr vor Jahresende zu beschließen. Eine Ausnahme bilden lediglich die noch ungewissen Aufrüstungskosten. Auch die Fortführung des bisherigen Steuersystems, d. h. die Sicherung der Einnahmen, wurde vor der Regierungskrise beschlossen. Allein für die von der Regierung für unentbehrlich angesehene Steuererhöhung steht die Entscheidung noch aus. Diese Frage entbehrt aber der Dringlichkeit. Die Staatskasse ist zur Zeit ungewöhnlich flüssig, und die Rüstungsausgaben bleiben zunächst hinter den vorgesehenen Beträgen zurück. Auch das allgemeine Wirtschaftsleben läßt sich in Frankreich durch Regierungskrisen nicht mehr stören. Die Konjunktur erscheint als günstig und gestattet eine Aufrechterhaltung und sogar leichte Steigerung des am Jahresende erreichten Rekordstandes der Produktion. Langfristig muß allerdings die ständige Verzögerung wichtiger und unentbehrlicher Reformen die Leistungsfähigkeit der französischen Wirtschaft hemmen und ihre materiellen sowie nicht zuletzt psychologischen Schwierigkeiten erheblich verschärfen. Schwerer dürften aber noch die politischen Gefahren wiegen, die die Labilität des französischen Regierungssystems im internationalen Rahmen auslösen. Die stufenweise Verwirklichung einer europäischen Gemeinschaft verlangt mehr denn je stabile politische Verhältnisse in den Teilnehmerländern. (fr.)